

Wir zahlen nicht für eure Krise

Gegen den sozialen und kulturellen Kahlschlag in Köln

Köln droht der Kahlschlag bei sozialen und kulturellen Angeboten. Die von SPD, Grünen und FDP ohne jede Diskussion beschlossene 12,5%-Pauschalkürzung der Zuschüsse an freie Träger bedroht die Existenz vieler sozialer und kultureller Projekte. Im Oktober soll ein Doppelhaushalt für 2010/11 beschlossen werden. Die etablierten Parteien und die Verwaltung diskutieren für diesen Haushalt drastische Kürzungen und Gebührenerhöhungen.

Viele Initiativen z.B. in der Jugend- oder Sozialarbeit pfeifen ohnehin aus dem letzten Loch. Die Kürzungen von 2003/04 haben sie an den Rand der Funktionsfähigkeit gebracht. Jetzt fürchten die städtischen Jugendzentren und die „Arbeitsgemeinschaft Offene Tür“ (AGOT), dass Jugendeinrichtungen ganz schließen oder feste MitarbeiterInnen gekündigt werden müssen. Doch selbst diese drastischen Einschnitte würden nicht ausreichen, das riesige Haushaltsloch von über 500 Millionen Euro in diesem Jahr zu stopfen. Im Gegenteil, die Zerstörung von wichtigen Strukturen bringt nur „Peanuts“ für die städtischen Kassen. Weit größere Kürzungsmaßnahmen werden vorbereitet.

Nicht nur in Köln, sondern im ganzen Land stehen die Kommunen am Rande der Pleite. Die wichtigste Einnahmequelle der Städte und Gemeinden, die Gewerbesteuer, ist 2009 um 18% gesunken. Nordrhein-Westfalen ist besonders betroffen. In Essen und Duisburg wollen die städtischen Verwaltungen die Azubis nicht übernehmen. In Bonn werden Schwimmbäder geschlossen, in Wuppertal wurden Kürzungen in Höhe von 45 Mio. Euro beschlossen, noch ist das bedrohte Theater offen, aber Vereinen und Sozialprojekten droht bereits das Ende. Die Stadt Dortmund hat den Preis des „Sozialtickets“ für den Nahverkehr verdoppelt.

Allein können die Kommunen ihre finanziellen Probleme nicht überwinden ...

... auch wenn sie sämtliche Bürger- und Jugendzentren, Schwimmbäder und Theater schließen würden, Eintrittspreise und Gebühren verdoppeln und die Förderung von Kultur- und Sozialinitiativen ganz einstellen würden.

Die Pleitebanken werden mit bis zu 480 Milliarden staatlichen Geldern gestützt, den Kommunen wird hingegen ein Rettungspaket verweigert. Allein das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Bundesregierung kostet die Kommunen in 2010 1,6 Milliarden Euro. Auch die Vorgänger-Regierun-

gen haben auf Bundesebene milliardenschwere Steuersenkungen für die Reichen, die Banken und Konzerne durchgesetzt. Die Rechnung für diese Umverteilung reicht der Bund an die Länder und diese wiederum an Städte und Gemeinden weiter. Das Land NRW belastet die Stadt Köln mit 100 Mio. Euro. Die Stadt soll neue Aufgaben erfüllen – z.B. Kinderförderungsgesetz, Offene Ganztagschulen, Kommunalisierung der Versorgungsämter – bekommt dafür aber keine ausreichenden Mittel.

Auch die Kosten der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und Verarmung landen bei den Kommunen, denn immer mehr Menschen brauchen staatliche Hilfen: Erwerbslose, GeringverdienerInnen, Jugendliche. Die Kommunen müssen die „Kosten der Unterkunft“, übernehmen, Hartz IV hat damit nicht zur Ent- sondern zur weiteren Belastung der Städte geführt.

Vor Beginn der großen Krise im Herbst 2008 war die finanzielle Lage der meisten Städte und Gemeinden schlecht. Der Finanzcrash von 2008 hat vielen den Rest gegeben. Die Kommunen sind das schwächste Glied in der Kette der staatlichen Institutionen. Die Kosten der vom kapitalistischen Profitsystem verursachten Krise werden über sie auf die Armen, die Kinder und die Jugendlichen abgewälzt.

... aber sie können damit anfangen

Die Städte müssen grundlegend besser ausgestattet werden. Diese Erkenntnis ist nicht neu, das sagen sogar die Oberbürgermeister der etablierten Parteien. Aber sie kämpfen nicht dafür. Sie jammern über die Unmöglichkeit, den kommunalen Haushalt zu sanieren, zahlen aber brav alle Abgaben an Land und Bund und setzen den sozialen und kulturellen Kahlschlag auf Kosten der Bevölkerung durch.

Nötig ist hingegen der gemeinsame Widerstand vieler Städte. Sie könnten sich zusammen weigern, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, um so zusätzliche Gelder von Ländern und Bund zu erzwingen. Sie könnten gemeinsam die Zinszahlungen oder die Tilgung an die Banken in Frage stellen. Wenn Land und Bund einen „Rettungsschirm“ für die Kommunen verweigern, müssen diese sich den Schirm eben selbst aufspannen.

Es ist Heuchelei, wenn die etablierten Parteien SPD, CDU, Grüne und FDP sagen, sie hätten keine Alternative zum Kürzen sozialer Dienste und der Kultur. Vor Ort wird die Plünderung der öffentlichen Kassen zu Gunsten privater Investoren

Die LINKE.Köln

Projektgruppe gegen Sozial- und Kulturabbau

seit langem fortgeführt. Der Kölner OB Roters sagte zwar bei seinem Amtsantritt, er wolle „alle Großprojekte“ auf den Prüfstand stellen, passiert ist nichts. Selbst die überhöhten Mietzahlungen für die Messehallen Nord an den Esch-Oppenheim-Fonds wurden noch nicht reduziert. Auch der Plan, das Schauspielhaus neu zu bauen, wurde erst nach massivem Widerstand aus der Bevölkerung von einigen etablierten Parteien verworfen.

Die sogenannte „Stadtentwicklung“ in Form von Großbauten zum Nutzen der Baukonzerne und der Kredit gebenden Banken geht weiter, die Bevölkerung hat keinen Nutzen davon. Wenn Prestigeprojekte gestoppt und Verträge, welche die Stadt belasten aber privaten Investoren Gewinne garantieren, gekündigt würden, wäre schon Einiges gewonnen. Die Mietzahlungen für die Messehallen Nord müssten bis zur Klärung des realen Wertes der Hallen eingestellt werden, die Verträge müssen rückabgewickelt werden.

Über 25 Millionen Euro kosten die Messehallen Nord im Jahr, die gleiche Summe fällt für die Kreditfinanzierung des städtischen Anteils für die Nord-Süd-Stadtbahn an – ohne die Kosten des Waidmarkt-Unglücks. Dazu kommen überhöhte Mietzahlungen an Esch-Immobilienfonds für das Technische Rathaus und das Rathaus Nippes.

Außerdem kann die Stadt Köln einen Beitrag leisten, die Konzerne, Banken und Versicherungen stärker zur Finanzierung heran zu ziehen. Während die Gebühren, Abgaben und Eintrittspreise in den letzten Jahren drastisch gestiegen sind, ist die Gewerbesteuer seit 1988 unverändert. Eine sofortige Erhöhung der Gewerbesteuer um 30 Punkte auf den Hebesatz von 480 würde jährlich rund 40-50 Mio. Euro Mehreinnahmen für den Haushalt bedeuten.

Echtes Kürzungspotenzial gibt es bei den Vorständen städtischer Beteiligungsbetriebe wie den KVB, der RheinEnergy oder der Sparkasse. Die Manager dort beziehen Gehälter

wie bei privaten Banken oder Konzernen, einige Hunderttausend Euro im Jahr. Der berüchtigte Ex-KVB-Vorstand Reinartz (CDU) bekommt möglicherweise mehrere Millionen in den nächsten Jahren, obwohl er wegen seiner unrühmlichen Rolle beim U-Bahn-Bau aus dem Vorstand entfernt wurde.

Wir müssen selber aktiv werden

Das Bürgerbegehren gegen den Abriss des Schauspielhauses hat gezeigt, dass Rat und Verwaltung unter Druck gesetzt werden können. Die Proteste haben bereits begonnen, es haben sich mehrere Bündnisse in Köln gebildet, um den sozialen und kulturellen Kahlschlag zu stoppen. Die LINKE. arbeitet aktiv mit im „Bündnis gegen kommunalen Sozial- und Kulturabbau“ und hilft mit, die Betroffenen miteinander zu vernetzen.

Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir sollten nicht diskutieren, ob Kultur oder Soziales, ob Jugendzentren oder Seniorenbetreuung wichtiger sind. Diese Krise haben wir, die Lohnabhängigen und Erwerbslosen, nicht verursacht. Es ist die Krise der Banken und Konzerne sowie der etablierten Parteien, die mit ihrer Umverteilung zu Gunsten der Besitzenden die Kommunen in die Pleite getrieben haben.

Wir sagen: Es reicht schon lange! Wir lehnen jede Kürzung ab, jede Erhöhung von Gebühren, Abgaben und Eintrittspreisen zu Lasten der Bevölkerung. Wir verteidigen die vorhandenen Standards und fordern den Ausbau statt einem weiteren Kahlschlag. Wir kämpfen für eine Umverteilung von Geldern, dafür dass die Kommunen Haushaltsmittel einsetzen, um sinnvolle, qualifizierte und tariflich bezahlte Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Wir kämpfen für ein kommunales Investitionsprogramm zum Bau von bezahlbaren Wohnungen, für den Ausbau von Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Kultur.

- **Wir zahlen nicht für die kapitalistische Krise – NEIN zu sämtlichen Kürzungen**
- **Für eine Erhöhung der Gewerbesteuer**
- **Überprüfung sämtlicher Großprojekte; Rückabwicklung der Verträge über die Messehallen Nord**
- **Absenkung der Vorstandsgehälter bei städtischen Unternehmen auf das Niveau der Besoldung des öffentlichen Dienstes**
- **Bessere finanzielle Ausstattung von Städten und Gemeinden durch Land und Bund, gemeinsamer Kampf der Kommunen für mehr Gelder**
- **Mehr Gelder für Bildung, Soziales, Gesundheit, Freizeit und Sport**
- **Einsatz städtischer Gelder zur Schaffung von tariflich bezahlten Arbeitsplätzen**
- **Unbefristete Übernahme aller Azubis bei der Stadt und den Beteiligungsbetrieben**

Die LINKE.Köln

Projektgruppe gegen Sozial- und Kulturabbau